

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 25 (2005)

Heft: 48

Artikel: Europäische Wettbewerbsstaatlichkeit : die Rolle der EU im Prozess neoliberaler Restrukturierung

Autor: Wissen, Markus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europäische Wettbewerbsstaatlichkeit

Die Rolle der EU im Prozess neoliberaler Restrukturierung

Genau zehn Jahre ist es her, als mit dem Erscheinen des gleichnamigen Buches von Joachim Hirsch der Begriff „nationaler Wettbewerbsstaat“ Eingang in die linke sozialwissenschaftliche Debatte fand (Hirsch 1995). Die Stärke dieses Begriffs lag und liegt darin, entgegen der lange Zeit vorherrschenden Rede vom *Rückzug* den Blick auf die *Transformation* des Staates gelenkt zu haben. Weit davon entfernt, den Marktkräften Platz zu machen, bildet der Staat das entscheidende Terrain zur herrschaftsförmigen Stabilisierung einer Gesellschaft, die von strukturellen Widersprüchen durchzogen ist. Im Unterschied zum fordistischen Staat nimmt der Wettbewerbsstaat diese Funktion aber weniger durch die bürokratisch-wohlfahrtsstaatliche Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wahr als durch die symbolische und materielle Mobilisierung aller gesellschaftlichen Potentiale für das Bestehen in der internationalen Standortkonkurrenz. Der nationale Wettbewerbsstaat ist ebenso Ausdruck einer neoliberalen Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, wie er diese Verschiebung aktiv vorantreibt.

Wenn nach wie vor die Stärke des Buches von Joachim Hirsch darin liegt, den Wandel nationaler Staatlichkeit auf den Begriff zu bringen, wird heute auch eine Schwäche der Analyse deutlicher sichtbar. Denn der Fokus auf den *Nationalstaat* lässt andere Maßstabebenen staatlicher Politik wie die regionale und die supranationale in den Hintergrund treten. Im europäischen Kontext bleibt damit ein wesentliches Moment neoliberaler gesellschaftlicher Restrukturierung unterbelichtet, nämlich die europäische Integration. Nicht zuletzt der Dynamik, die diese seit Mitte der 1980er Jahre entfaltet hat, ist es geschuldet, dass sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Europa zugunsten des weltmarktorientierten Kapitals und zuungunsten von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verschoben haben. Das Konzept des Wettbewerbsstaates bedarf daher, so hier die These, einer Erweiterung um die europäische Dimension.

Vom Binnenmarkt zur Osterweiterung

Die beiden wichtigsten europäischen Integrationsschritte in den 1980er und 1990er Jahren waren die Einheitliche Europäische Akte von 1986 und der Vertrag von Maastricht (1992). Erstere sah die Beseitigung der noch bestehenden Hemmnisse für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital bis zum Jahr 1992 vor, letzterer ebnete den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion, indem er die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik verpflichtete.

Fortschritte gab es auch in anderen, weniger öffentlichkeitswirksamen Bereichen, etwa in der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik, in deren Rahmen die Entwicklung von Schlüsseltechnologien vorangetrieben wurde, oder in der europäischen Strukturpolitik, die von der Kommission schrittweise in ein Instrument zur Modernisierung von Problemregionen ausgebaut wurde.

Die seit den 1980er Jahren zurückgelegten Integrationsschritte sorgten für einen stärkeren Konkurrenzdruck und verschärften die monetären Restriktionen, denen die öffentlichen Haushalte der EU-Staaten unterlagen. Dadurch zeitigten sie zwei für die europäische Position im Wettbewerb der großen Handelsblöcke wichtige Wirkungen. Erstens nahm, vor allem im Zuge des Binnenmarkt-Projekts, die grenzüberschreitende Kapitalkonzentration zu: „in many industries“, stellte die Europäische Kommission 1996 fest, „companies have adapted to the new competitive environment by way of takeovers, collaborative agreements, mergers and other kinds of financial and strategic deals“ (European Commission 1996, 115). Zwar fand auch nach 1992 die Mehrzahl aller Fusionen und Übernahmen noch im nationalen Rahmen statt. Allerdings stieg der Anteil grenzüberschreitender Unternehmenszusammenschlüsse: in Gestalt der Bildung von European Champions – international führenden europäischen Konzernen – sowie in Gestalt von Fusionen zwischen europäischen Unternehmen und solchen aus Drittstaaten. Zweitens wurden mit dem Binnenmarkt-Projekt und dem Maastricht-Vertrag Institutionen geschaffen, die die Gewerkschaften und andere (potentiell) oppositionellen Akteure in den nationalen Auseinandersetzungen disziplinierten: Der in vielen Branchen verschärfte Konkurrenzdruck verlangte den Beschäftigten höhere Zugeständnisse an die Kapitaleseite ab, und die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrags verengten die geld-, fiskal- und lohnpolitischen Spielräume auf nationaler Ebene, mit der Konsequenz, dass die Kosten für die Anpassung an die „Sachzwänge“ des Weltmarkts den Arbeitsmärkten und Sozialsystemen aufgebürdet wurden.

Die Osterweiterung der EU könnte die Wirkung der Integrationsprojekte aus den 1980er und 1990er Jahren noch verstärken. Bei ihr handelt es sich um einen höchst asymmetrischen Prozess, der in den betroffenen Ländern schon im Vorfeld zu schweren sozial-räumlichen Verwerfungen geführt hat. Die Beitrittsstaaten bilden dabei eine Art Experimentierfeld: Als Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft werden sie auf Reformen wie die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme verpflichtet, die dann wieder in die alten EU-Mitgliedstaaten reimportiert werden können (Bohle 2000).

Patrick Ziltener (1999, 203) hat diese disziplinierenden Wirkungen der europäischen Integration als „historisch unvergleichliches ‚Austeritätskorsett‘“ bezeichnet. Dieses wird allerdings ergänzt durch eine Reihe von flankierenden, „aktivierenden“ und dadurch Akzeptanz sichernden Maßnahmen etwa im Rahmen der europäischen Strukturpolitik. Nicht zu

unterschätzen ist auch die symbolische Dimension europäischer Politik. So trug die EU wesentlich dazu bei, die Begriffe zu etablieren, in denen die Herausforderungen, Krisen und Umbrüche der 1990er Jahre gedacht wurden (Wettbewerbsfähigkeit, Modernisierung, Flexibilität, Stabilität etc.). Mit anderen Worten half sie, den Neoliberalismus zu „normalisieren“. In diesem Zusammenhang ist etwa das vielzitierte Weißbuch der Europäischen Kommission von 1993 zu nennen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1993).

Grenzen nationalstaatlicher Krisenstrategien

Was aber prädestinierte die EU, die weltmarktorientierte Restrukturierung der europäischen Gesellschaften voranzutreiben? Diese Frage erfordert einen Blick sowohl auf die institutionellen Spezifika der EU als auch auf die Strategien, mit denen die europäischen Staaten die tiefe sozio-ökonomische Krise zu bekämpfen versuchten, die Mitte der 1970er Jahre das Ende des Fordismus einläutete. Zunächst zu den nationalen Strategien der Krisenbewältigung. Hier zeigt das Beispiel Großbritanniens unter Margaret Thatcher, dass eine harte neoliberale Politik durchaus auch im nationalstaatlichen Rahmen durchgesetzt werden konnte, und zwar schon zu Beginn der 1980er Jahre, also bevor die Dynamik der europäischen Integration einsetzte. Das britische Beispiel zeigt aber gleichzeitig die hohen sozialen Kosten und Legitimationsprobleme, die eine solche Politik in einer Situation verursachte, in der die Gewerkschaften noch nicht durch zweistellige Arbeitslosenquoten geschwächt, sondern bereit waren, die in der Spätphase des Fordismus erkämpften Errungenschaften im nationalen Rahmen zu verteidigen.

Eine ähnliche Politik wie die der britischen Konservativen hätte für die sozialdemokratisch geführten Regierungen anderer Länder das vorzeitige politische Ende bedeutet. Das heißt nicht, dass nicht auch andernorts schon frühzeitig mit neoliberalen Maßnahmen experimentiert worden wäre. So schwenkte die deutsche Bundesbank – nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems aus dem Zielkonflikt zwischen Wechselkurs- und Geldpolitik befreit – 1974 auf einen monetaristischen Kurs ein. Dieser stieß sich aber an einer nach wie vor von keynesianischen Elementen durchgesetzten Fiskalpolitik der sozialliberalen Koalition in der Krise der 1970er Jahre. In Frankreich versuchten die Sozialisten sogar noch zu Beginn der 1980er Jahre, die Krise mit einem spätkeynesianischen Alleingang zu überwinden. Insgesamt blieb also das Krisenmanagement in den europäischen Staaten widersprüchlich, und es gelang nur in Ausnahmefällen wie dem britischen, den fordistischen Klassenkompromiss der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg im nationalstaatlichen Rahmen aufzubrechen.

Diese Konstellation ist die Ursache dafür, dass die europäische Option für relevante gesellschaftliche Gruppen in den 1980er Jahren an Bedeutung

gewann. Die EG bot sich als ein Terrain an, auf dem für die Durchsetzung neoliberaler Reformen gestritten werden konnte, ohne dabei auf ähnliche Widerstände zu stoßen wie in den nationalstaatlichen „Arenen“. Denn sie stellt eine besondere Form von Staatlichkeit dar, die sich von den repräsentativ-demokratischen Formen nationaler Staatlichkeit in Westeuropa unterscheidet. Ihre zentralen Apparate – Kommission und Ministerrat – sind den institutionellen und legitimatorischen Zwängen, denen sich nationale Parlamente und Regierungen ausgesetzt sehen, weitgehend enthoben. Liberaldemokratische Essentials wie die Gewaltenteilung fehlen ebenso wie eine entwickelte europäische Öffentlichkeit. Sanktionsmächtige und artikulationsfähige Interessen stehen folglich unter einem geringeren Legitimationsdruck und können sich leichter durchsetzen. Und wenn sie sich durchsetzen, wirken die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen in ihrem Sinne auf die nationalen Auseinandersetzungen zurück. Die EG, so formuliert Wolf-Dieter Narr treffend, wirkt „wie ein sich dauernd vergrößernder Verschiebebahnhof. Auf dem Weg über Brüssel als Regulierungskomplex – das EG-Gebäude, ans Pentagon erinnernd, wirkt wie eine architektonische Metapher – erfolgt ... die Durchsetzung des anders nicht ohne weiteres Durchsetzbaren“ (Narr 1990, 39).

Ein AutorInnen-Team der niederländischen Forschungs- und Aktionsgruppe *Corporate Europe Observatory* hat diesen Zusammenhang in dem Buch „Konzern Europa“ materialreich belegt (Balanyá et al. 2001; siehe auch van Apeldoorn 2000). Untersucht werden darin verschiedene Interessenvertretungen europäischer Konzerne, unter denen der *European Round Table of Industrialists* (ERT) eine herausragende Stellung einnimmt. 1983 von zunächst 17 führenden Großunternehmen gegründet, zählt der ERT heute um die 50 Mitglieder. Seine Arbeit besteht vor allem darin, die Meinungsbildung der ökonomischen Elite zu organisieren und neue Ideen auf die politische Tagesordnung zu setzen („Agenda-Setting“). So geht das Binnenmarkt-Projekt auf eine Initiative des ERT zurück. Und auch auf das Zustandekommen der Währungsunion übte er über seinen Ableger AMUE (*Association for the Monetary Union of Europe*) einen starken Einfluss aus: Die Mitglieder dieser Assoziation, so der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission Santer, „waren die stärkste treibende Kraft hinter dem Projekt der Währungsunion“ (Balanyá et al. 2000, 98).

Der ERT und andere Interessenvertretungen profitieren bei ihren Aktivitäten von der Intransparenz der europäischen Entscheidungsverfahren, dem Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit oder von der Tatsache, dass Kommission und Ministerrat zu keinerlei Rechenschaft gegenüber den WählerInnen verpflichtet sind. Hinzu kommt das Interesse der Europäischen Kommission, durch eine Erweiterung und Vertiefung der Integration ihre eigenen Kompetenzen gegenüber denen der nationalen Regierungen auszudehnen. Die Initiativen des ERT in Richtung eines gemeinsamen Marktes oder einer gemeinsamen Währung kommen dem entgegen und

machen Kommission und Konzerne in vielen Bereichen zu „natürliche(n) Verbündete(n)“ (ebd., 289). Erleichtert wird die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten noch dadurch, dass ehemalige EU-Kommissare heute in führenden Konzernen und Lobbygruppen eine zentrale Rolle spielen.

„Neuer Konstitutionalismus“

Es lassen sich demnach positive Rückkopplungen zwischen den institutionellen Spezifika der EU sowie der krisen- und konkurrenzvermittelten Transnationalisierung wichtiger Kapitalfraktionen feststellen. Im Ergebnis bildet sich eine *europäische Wettbewerbsstaatlichkeit* heraus, die die neoliberale Restrukturierung der europäischen Gesellschaften entscheidend vorantreibt. Stephen Gill (2000, 44) spricht in diesem Zusammenhang von einem „neuen Konstitutionalismus“, einer Materialisierung von „Zwängen“, die darauf zielt, „die Regierungen gegenüber der Disziplin des Marktes empfänglicher und gegenüber popular-demokratischen Kräften und Prozessen entsprechend weniger empfänglich zu machen“. Dies ist keineswegs ein widerspruchslöser und konfliktfreier Prozess. Denn das supranationale staatliche Terrain wird auch von progressiven Kräften zu besetzen versucht. Als 1997 beim Amsterdamer EU-Gipfel die Revision des Vertrags von Maastricht anstand, setzte sich etwa die von linken Gewerkschaften und GlobalisierungskritikerInnen gebildete Euromarsch-Bewegung für eine stärkere Berücksichtigung sozial- und beschäftigungspolitischer Belange in der EU-Politik ein. So forderte sie eine europäische Vollbeschäftigungspolitik, ein Existenzgeld und die Aufnahme einer sozialen Komponente in die Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion. Beim Amsterdamer Gipfel demonstrierten hierfür 50.000 Menschen. Tatsächlich wurde dann in den Gemeinschaftsvertrag ein Beschäftigungskapitel aufgenommen – ein Ergebnis der Proteste auf europäischer Ebene und des Drängens der französischen Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jospin, die ihrerseits mit den Nachwirkungen der Arbeitskämpfe des Winters 1995/96 konfrontiert war. Allerdings kam es zu keinen beschäftigungspolitischen Verpflichtungen, die die neoliberale Ausrichtung des Integrationsprozesses irritiert und die nationalen Regierungen unter Druck gesetzt hätten. Hiergegen hatten sowohl die Interessenverbände der Wirtschaft als auch die Mehrheit der nationalen Regierungen opponiert. So trägt auch die europäische Beschäftigungspolitik ein neoliberales Gewand: Als Schlüssel für die Schaffung von Arbeitsplätzen gilt die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit.

Mit der Herausbildung einer europäischen Wettbewerbsstaatlichkeit wird der Nationalstaat keineswegs obsolet. Das zeigt nicht zuletzt die jüngste Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der die EU-Mitgliedstaaten auf eine strikte Haushaltsdisziplin verpflichtet. Die Tatsache, dass mächtige Staaten wie Deutschland und Frankreich gegen den Widerstand kleinerer

Staaten eine Aufweichung der Stabilitätskriterien durchsetzen konnten, unterstreicht die Rolle, die die Nationalstaaten und besonders auch die Machtasymmetrien zwischen unterschiedlichen Nationalstaaten in der Europäischen Union nach wie vor spielen. Die Nationalstaaten und die Konkurrenz zwischen ihnen sind also im Zuge der Integrationsfortschritte seit den 1980er Jahren nicht durch einen supranationalen Staat ersetzt worden.

Allerdings ziehen die Nationalstaaten als Wettbewerbsstaaten ihre Stärke wesentlich aus ihrer Einbindung in eine europäische Wettbewerbsstaatlichkeit. Diese zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass in den maßgeblichen europäischen Staatsapparaten – Kommission und Ministerrat – die strukturelle Selektivität zugunsten ökonomischer Eliten noch stärker ausgeprägt ist als in den Nationalstaaten. Zum anderen stellen die auf europäischer Ebene geschaffenen Regelwerke für die wettbewerbs- und stabilitätsorientierten Staatsapparate auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene eine zentrale Ressource des neoliberalen Umbaus dar: Mit dem symbolischen und finanziellen Rückenwind aus Brüssel sowie in enger Kooperation mit der Kommission lassen sich neoliberale Maßnahmen leichter als im Alleingang gegen Widerstände seitens anderer Staatsapparate bzw. seitens gesellschaftlicher Akteure durchsetzen. Da sie selbst ein Resultat veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist, hat die europäische Integration mithin das Terrain für die Austragung sozialer Konflikte in Europa neu strukturiert. Mit der Durchsetzung des Verfassungsprojekts wäre hier ein weiterer entscheidender Pflock eingeschlagen worden: Dem ursprünglichen Sinn von Verfassungen – nämlich die normativen Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens festzuschreiben – widersprechend, würde in einer Vielzahl von Einzelbestimmungen die neoliberale Ordnung gleichsam „in Marmor gemeißelt“ (Bernhard Cassen, zitiert nach Becker 2004). Für die europäische Linke liegt eine wesentliche Herausforderung darin, sich dem nach Kräften zu widersetzen und auf allen Ebenen an Alternativen zu arbeiten.

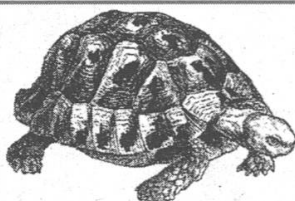
Literatur

- van Apeldoorn, Bastian, 2000: Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Roundtable of Industrialists. In: Hans-Jürgen Bieling / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster
- Balanyá, Belén / Ann Doherty / Olivier Hoedeman / Adam Ma'anit / Erik Wesselius, 2001: Konzern Europa. Die unkontrollierte Macht der Unternehmen. Zürich
- Becker, Joachim 2004: EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie? In: links-netz (http://www.links-netz.de/K_texte/K_becker_osteuropa.html)
- Bohle, Dorothee, 2000: EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen europäischen Unordnung. In: Hans-Jürgen Bieling / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster
- European Commission, 1996: European Economy. Economic Evaluation of the Internal Market. Reports and Studies No. 4. Luxemburg

- Gill, Stephen, 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Hans-Jürgen Bieling / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster
- Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1993: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 6. Luxemburg
- Narr, Wolf-Dieter, 1990: Von den kommenden Segnungen der Europäischen Gemeinschaft. In: Blätter des iz3w Nr. 164
- Ziltener, Patrick, 1999: Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster

express

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de



ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In der aktuellen Ausgabe
(5/05) u.a.:

- ◆ R. Müller: »Nach der Wahl ist grad' egal«, eher Kontinuität als Zäsur: Das Ende von Rot-Grün
- ◆ T.G.: »Rechte Kapitalismuskritik«, von der Schwierigkeit eines Kommentars angesichts der Effekte eines ranzigen Eimers roter Klassenkampffarbe in den Medien
- ◆ Komitee für Grundrechte und Demokratie: »Weltmeister im Lagerbau«, Flüchtlingslager der EU
- ◆ »Selbstorganisation von MigrantInnen«, Kampagne zur Unterstützung der SOC in der Gewächshausregion von Almeria
- ◆ Sissel Brodal: »«Normalisierung» in Almeria?«, internationale Delegation nimmt Situation der Landarbeiter in Andalusien und neuerl. Legalisierungskampagne unter die Lupe
- ◆ Klaus Dräger: »Angriff auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie«, Kommission und Parlament wollen Schutzstandards aufweichen

- Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vkl.)